

# ZERSTÖRUNGEN, VERLUSTE UND SCHÄDEN: WER ZAHLT FÜR DIE EXTREMEN FOLGEN DER KLIMAKRISE?



**OXFAM**  
Deutschland

# MITTENDRIN: DIE WELT IN DER KLIMAKRISE

Trotz des Pariser Klimaabkommens steuert die Welt unvermindert auf eine katastrophale Entwicklung der Klimakrise zu. Wir verbrennen nach wie vor gewaltige Mengen an Erdöl, Erdgas und Kohle, betreiben industrielle Landwirtschaft, holzen oder brennen Wälder ab und verursachen damit große Mengen an Treibhausgasen, die die Atmosphäre aufheizen. Schon heute liegt deswegen die globale Durchschnittstemperatur etwa 1,1°C höher als noch zu Beginn der Industrialisierung.

Und das ist nur der Anfang: Obwohl vereinbart ist, die globale Erwärmung auf maximal plus 1,5°C zu begrenzen, bewegen wir uns mit dem derzeit mangelhaften Ehrgeiz beim Klimaschutz auf plus 2,7°C bis Ende des Jahrhunderts zu.<sup>1</sup> Fast kein Land, auch Deutschland nicht, ist derzeit bereit, fair und angemessen zum globalen Klimaschutz beizutragen. Die Konzerne investieren weiter in die Förderung fossiler Ressourcen, und der Ausbau der erneuerbaren Energien geht viel zu langsam voran. Gleichzeitig liegt die Unterstützung für die einkommensschwachen Länder bei der klimafreundlichen Entwicklung und der Bewältigung der Folgen des Klimawandels weit unter dem tatsächlichen Bedarf.

Mit den steigenden Temperaturen nehmen Häufigkeit und Intensität klimatischer Extremereignisse zu. In Form von schweren Dürren, extremer Hitze, Überschwemmungen, zerstörerischen Stürmen und dem steigenden Meeresspiegel ist der Klimawandel für Milliarden Menschen inzwischen bittere Realität. Regelmäßig erreichen uns Nachrichten darüber, wie die Klimakrise Menschenleben kostet, Land, Häuser, Infrastruktur, Kultur und Traditionen zerstört. Ernten vertrocknen oder werden von den Feldern gespült. Unzählige Menschen werden so nach und nach ihre Lebensgrundlagen genommen, was Armut und Ungleichheit weiter verschärft und oft die Menschen zu Flucht oder Migration zwingt.

<sup>1</sup> Vgl. Climate Action Tracker,  
<https://climateactiontracker.org/global/cat-thermometer/>





Abb. 1: Dürre in Ostafrika

## EINKOMMENSCHWACHE LÄNDER BESONDERS BETROFFEN

Die Ungerechtigkeit dabei: Die Folgen treffen vor allem die in Armut lebenden Menschen in den einkommensschwachen Ländern, obwohl sie kaum oder gar nicht zur Klimakrise beigetragen haben. Sie sind den Veränderungen stärker ausgesetzt und verfügen über weniger Ressourcen, um nach Katastrophen die Schäden auszugleichen oder sich an die Veränderungen anzupassen – beispielsweise die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegenüber kommenden Dürren zu machen. Die Folge: Je extremer die Klimakrise wird, desto mehr kommt es unweigerlich zu Schäden, Zerstörungen und Verlusten.

Diese Klimafolgeschäden treten in vielerlei Art auf. Stürme und Überschwemmungen können Gebäude beschädigen und die Infrastruktur zerstören. Schwere Dürren lassen die Ernten einbrechen oder können, wenn sie zum Dauerzustand werden, ganze Landstriche unbewohnbar machen. Der steigende Meeresspiegel zerstört Küstenökosysteme und kann Grundwasserspeicher und landwirtschaftliche Flächen dauerhaft mit Salz kontaminieren. Flache Küstenstreifen oder auch ganze Inselstaaten versinken im steigenden Meeresspiegel. Manche der Schäden lassen sich reparieren, in anderen Fällen kommt es zu dauerhaftem Verlust. Dabei lassen sich bei weitem nicht alle Verluste und Schäden finanziell bewerten. Der Verlust von Kultur, Traditionen, sozialer Netzwerke oder im Extremfall der Verlust von Staatsgebiet und Staatlichkeit kleiner Inselstaaten ist durch Geld nicht auszugleichen.

2 Vgl. Factsheet Dürre in Ostafrika, Welthungerhilfe 2022 unter [https://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/pictures/publications/de/fact\\_sheets/topics/2022-factsheet-duerre-in-ostafrika.pdf](https://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/pictures/publications/de/fact_sheets/topics/2022-factsheet-duerre-in-ostafrika.pdf).

↳ Seit Jahren beherrscht eine schwere Dürre den Osten Afrikas und zerstört die Lebensgrundlagen der Menschen: In Somalia, Äthiopien und Kenia waren der Welthungerhilfe zufolge bis Ende 2022 zusammen rund neun Millionen Herdentiere umgekommen.<sup>2</sup>

Foto: Petterik Wiggers/Oxfam Novib

Abb. 2: Die drei Säulen zur Bewältigung der Klimakrise



↳ Der Umgang mit der Klimakrise erfordert nicht nur ambitionierten Klimaschutz. Es sind auch erhebliche Anstrengungen nötig, um sich an die inzwischen immer spürbareren klimatischen Veränderungen anzupassen und unvermeidliche Verluste und Schäden zu bewältigen. Das Ausmaß der zu erwartenden Klimafolgeschäden hängt dabei sowohl vom (bisher völlig ungenügenden) Ehrgeiz im Klimaschutz als auch von der Anpassung an die Veränderungen ab.

## EXTREME UNWETTER IM GLOBALEN SÜDEN: JAHR FÜR JAHR SCHÄDEN IN MILLIARDENHÖHE

Erst kürzlich hat der UN-Wissenschaftsrat zum Klimawandel (IPCC) in seinem sechsten Sachstandsbericht zum Klimawandel noch einmal deutlich gewarnt: Jede weitere noch so kleine Erwärmung wird das ohnehin schon gravierende Ausmaß unvermeidlicher Klimafolgeschäden weiter ausweiten.<sup>3</sup> Dabei stoßen nicht nur Menschen zunehmend an die Grenzen der Anpassung, sondern auch ganze Ökosysteme, von deren Funktionieren oftmals die Lebensgrundlagen der Menschen abhängen. Auch hier trifft es vor allem die in Armut lebenden Menschen in den einkommensschwachen Ländern des Globalen Südens und dort insbesondere Frauen. Gründe dafür sind unter anderem die strukturelle Benachteiligung, soziale Normen (die beispielsweise dazu führen können, dass Frauen nicht schwimmen lernen; bei einer Sturmflut ein gefährlicher Nachteil) oder traditionelle Rollenmuster, darunter die Pflege- und Versorgungsarbeit für die Familie. Sie wird zumeist von Frauen übernommen und bringt nach Unwetterkatastrophen oft erhebliche Mehrbelastungen mit sich.

Die Schäden sind schon jetzt immens. Jedes Jahr verursachen extreme Unwetterkatastrophen in den einkommensschwachen Ländern Schäden in Milliardenhöhe – dabei werden die Kosten der zahllosen kleinen Unwetter und der schleichenden Veränderungen oft nicht einmal beziffert. Im Zeitraum 2000–2019 summierten sich nach einem Bericht der *Vulnerable Group of 20* die ökonomischen Schäden der Klimakrise in den knapp 60 Mitgliedern Ländern der Initiative auf 525 Milliarden US-Dollar.<sup>4</sup> In Indien und Bangladesch hinterließ der Zyklon Yaas im Mai 2021 Schäden in Höhe von rund drei Milliarden US-Dollar. Nach dem Zyklon Pam stand der kleine Inselstaat Vanuatu vor Schäden, die fast zwei Dritteln der Jahreswirtschaftsleistung des Landes entsprachen. Außergewöhnlich starke Überschwemmungen in Westafrika im Jahr 2020 setzten 10.000 Hektar Ackerflächen unter Wasser. Im Senegal, in Togo oder in Benin verlagert sich die Küstenlinie wegen des steigenden Meeresspiegels jährlich teilweise um durchschnittlich zwei Meter; Häuser versinken buchstäblich im Meer, küstennahe Siedlungen müssen schon jetzt nach und nach aufgegeben werden. Übrigens treten schwere Klimafolgeschäden nicht nur in den einkommensschwachen Ländern auf: Hitze und Dürre der Jahre 2018 und 2019 führten in Deutschland zu über 25 Milliarden Euro an Schäden in der Land- und Forstwirtschaft.<sup>5</sup>



Abb. 3: Überschwemmungen in Pakistan im Jahr 2022

↳ Die schweren Überschwemmungen in Pakistan im Jahr 2022 haben ein Drittel des Lands unter Wasser gesetzt. 33 Millionen Menschen waren betroffen, 8 Millionen Menschen verloren ihre Heimat, 1.700 Menschen ihr Leben. Hunderttausende Nutztiere starben, die Schäden an Häusern, Straßen oder in der Landwirtschaft wurden mit rund 30 Milliarden Euro beziffert. Bereitgestellte internationale Hilfsgelder kamen auf nur einen Bruchteil davon.

Foto: Arif Shah/Oxfam

<sup>3</sup> Vgl. Climate Change 2021: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. <https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/>.

<sup>4</sup> Vgl. Climate Vulnerable Economies Loss Report, <https://www.v-20.org/resources/publications/climate-vulnerable-economies-loss-report>

<sup>5</sup> Vgl. <https://www.bmu.de/pressemitteilung/hitze-duerre-starkregen-ueber-80-milliarden-euro-schaeden-durch-extremwetter-in-deutschland>



Mit der Bewältigung unvermeidlicher Klimafolgeschäden sind die Menschen in den einkommensschwachen Ländern weitgehend auf sich gestellt. Wenn die Brunnen austrocknen und die Wege zur nächsten Wasserstelle länger dauern, sinkt die Zeit, in der Menschen Einkommen erzielen können. Verlieren Menschen in einer Flut das Vieh oder in einer Dürre die Ernte und damit ihre Einkommensquellen, müssen sie sich neue Lebensgrundlagen schaffen. Nach einem Sturm müssen zerstörte Häuser wieder aufgebaut werden oder in einem Unwetter verletzte Familienmitglieder medizinisch versorgt werden. Um die damit verbundenen Kosten bzw. Einkommensverluste auszugleichen, müssen die Menschen an anderer Stelle sparen – etwa bei der Versorgung der Familien mit ausreichend Lebensmitteln, beim Schulgeld für die Kinder oder bei Investitionen, um längerfristig aus der Armutsfalle entkommen zu können.

Die bereits bestehenden Programme zur Unterstützung der Menschen in den einkommensschwachen Ländern reichen hier nicht aus. Die ohnehin knappen finanziellen Ressourcen – gekoppelt mit der unzureichenden Unterstützung durch die Industrieländer – beschränken die Möglichkeiten zur Anpassung an die Veränderungen. Das führt wiederum zu stärkeren Klimafolgeschäden, die den finanziellen Spielraum der Länder weiter verkleinern. Auch der UN-Wissenschaftsrat zum Klimawandel (IPCC) betont, dass für die angemessene und umfassende Bewältigung von Verlusten und Schäden in finanzieller und institutioneller Hinsicht noch erhebliche Baustellen bestehen.

↳ Der ansteigende Meeresspiegel bedroht auch die Menschen der kleinen Inselstaaten. Die Einwohner von Lilisiana auf den Salomonen haben bereits heute mit wiederkehrenden Überflutungen zu kämpfen. Langfristig ist der Verlust von (bewohnbarem) Land nicht mehr zu verhindern.

*Foto: Collin Leafasia/Oxfam*



Abb. 5: Super-Taifun Haiyan

## VERLUSTE UND SCHÄDEN WERDEN SICH VERVIELFACHEN

Derartige Klimafolgeschäden werden unweigerlich weiter zunehmen. Nach einer Studie könnten die Klimafolgeschäden in den Ländern des Globalen Südens bis 2030 auf jährlich 290-580 Milliarden US-Dollar und bis 2050 auf jährlich 1,1-1,7 Billionen US-Dollar ansteigen.<sup>6</sup> Zwar lassen sich diese Summen erheblich reduzieren, wenn deutlich mehr Geld in die Anpassung an die klimatischen Veränderungen gesteckt würde. Auch hier dürften nach Berechnungen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) die Kosten bis 2030 aber auf jährlich bis zu 340 Milliarden US-Dollar wachsen.<sup>7</sup> Diesen Summen steht die vergleichsweise bescheidene Zusage der Industrieländer gegenüber, jährlich 100 Milliarden US-Dollar für Klimaschutz und Anpassung in einkommensschwachen Ländern bereitzustellen – eine Zusage, die die Industrieländer bislang nicht erfüllen, und in der zudem kein Cent für die Bewältigung von Klimafolgeschäden vorgesehen ist.

Tabelle 1: Zunahme Extremwetter

	Zunahme der Häufigkeit von Extremwetterereignissen			
	1.1°C (heute)	1.5°C	2°C	4°C
Hitzewellen	2,8-fach	4,1-fach	5,6-fach	9,4-fach
Dürren	1,7-fach	2-fach	2,4-fach	4,1-fach
Extreme Niederschläge	1,3-fach	1,5-fach	1,7-fach	2,7-fach

↳ Über sechstausend Menschen starben durch den Super-Taifun Haiyan, der 2013 die Philippinen verwüstete und Schäden in Milliardenhöhe anrichtete. Durch den Klimawandel steigende Meerestemperaturen verschärfen die Bedingungen für zunehmend stärkere Stürme.

Foto © Tigeryan, istockphoto.com

→ Die Tabelle zeigt die in Abhängigkeit der noch kommenden Erwärmung zu erwartende weltweite Zunahme von Extremwetterlagen, die früher einmal statistisch alle zehn Jahre aufgetreten sind. Demnach sind bereits heute z. B. derartige Hitzewellen 2,8-fach häufiger als früher.

Quelle: IPCC (2021)

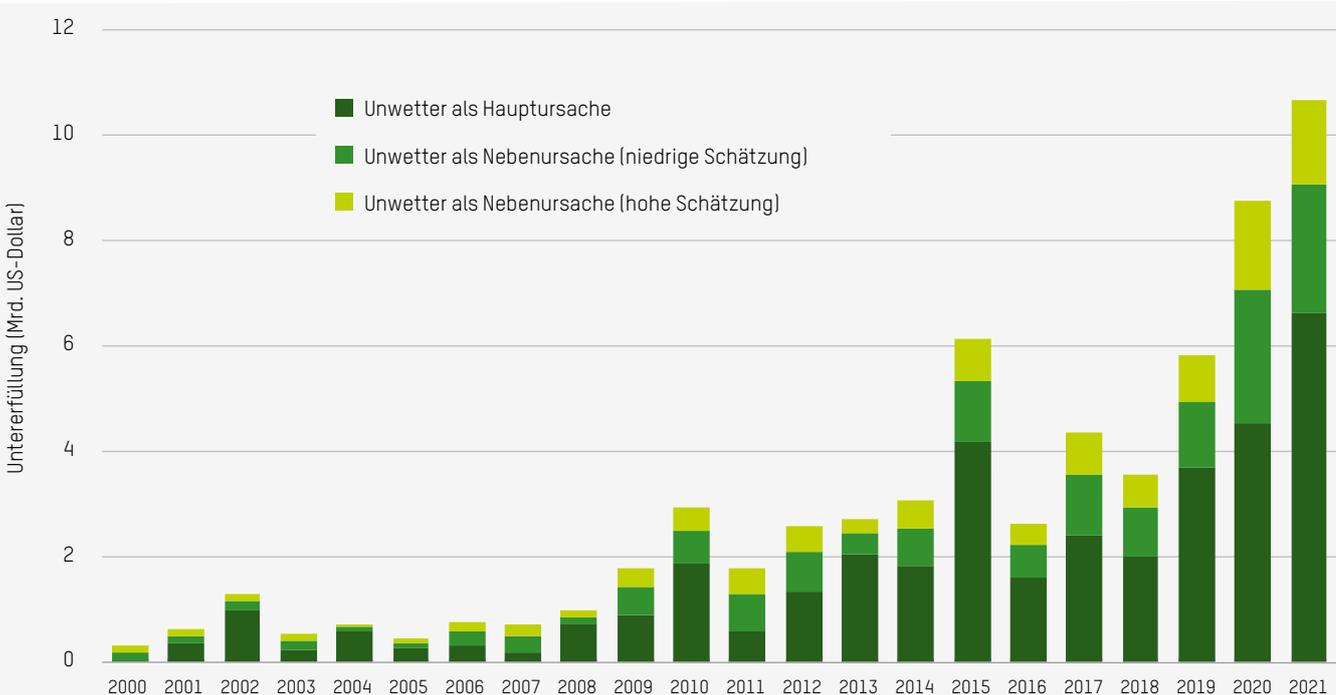
<sup>6</sup> Vgl. Integrated Assessment for Identifying Climate Finance Needs for Loss and Damage: A Critical Review. [https://doi.org/10.1007/978-3-319-72026-5\\_14](https://doi.org/10.1007/978-3-319-72026-5_14).

<sup>7</sup> Vgl. UNEP Adaptation Gap Report 2022 unter <https://www.unep.org/resources/adaptation-gap-report-2022>.

## BISHERIGE ANTWORTEN: KLIMA-VERSICHERUNGEN UND KNAPPE HILFSGELDER

Nach extremen Katastrophen versuchen die Vereinten Nationen oft, über Humanitäre Appelle dringende Hilfsgelder zu mobilisieren. Waren im Jahr 2000 noch bei etwas über einem Drittel dieser Aufrufe Extremwetterlagen der Grund, ist das inzwischen bei über drei Vierteln der Fall. Das dabei anvisierte Finanzvolumen liegt heute im Durchschnitt achtfach höher als noch vor 20 Jahren. Ausreichend Geld kommt über die UN-Appelle in der Regel nicht zusammen. In den Jahren 2017–2021 erbrachten sie nach einer Analyse von Oxfam im Durchschnitt nur etwa die Hälfte der benötigten Summen. Ohnehin gelten solche UN-Appelle nur für die extremen Katastrophen. Tausende kleinere, lokal begrenzte, für die Menschen vor Ort aber nicht minder schwerwiegende Extremereignisse rutschen durch das grobmaschige Netz. Es ist also nicht überraschend, dass das System der Humanitären Hilfe mit dem wachsenden Umfang der klimabedingten Katastrophen schon jetzt überfordert ist.

Abb. 3: Untererfüllung von UN-Appellen nach Unwetterkatastrophen



Seit einigen Jahren fördern die Industrieländer und insbesondere auch Deutschland den Auf- und Ausbau von Klimarisikoversicherungen. Damit sind Instrumente gemeint, die Menschen und auch gleich ganze Staaten gegen Dürre oder andere Unwetterkatastrophen versichern können. Liegen zum Beispiel Regenmengen unter oder Windgeschwindigkeiten über einem vorher festgelegten Niveau, kommt es zur Auszahlung, mit der dann entstehende Schäden zumindest teilweise ausgeglichen werden können. 2017 hatten sich die Industrieländer mit der *InsuResilience Global Partnership* das Ziel gesetzt, bis 2025 einer halben Milliarde Menschen den Zugang zu Klimaversicherungen zu ermöglichen.

Klimaversicherungen können in so mancher konkreten Situation durchaus helfen. Allerdings widerspricht es den Prinzipien der Gerechtigkeit, wenn in Armut lebende Menschen die Versicherungsprämien letztlich selbst stemmen müssen, obwohl sie die Klimakrise in aller Regel nicht mitverursacht haben. Zudem eignen sich Versicherungen nur für Risiken mit geringer Eintrittswahrscheinlichkeit. Gegen Klimafolgen, die unweigerlich eintreten – etwa das allmähliche Austrocknen einer Region oder der Meeresspiegelanstieg – helfen Versicherungen nicht. Schließlich kommt es auf die konkrete Ausgestaltung an, damit Versicherungen nicht die bestehenden Ungleichheiten weiter verschärfen, etwa wenn sich am Ende nur Menschen mit ausreichend finanziellen Ressourcen die Versicherungen leisten können.

↳ Seit Jahren wächst der Finanzbedarf der Humanitären Appelle der UN nach Unwetterkatastrophen, dem aber die Geberländer nicht gerecht werden. Die Abbildung zeigt die jährliche Lücke zwischen den jeweils angestrebten Volumina und den erzielten Zusagen. In den Jahren 2017–2021 fehlten demnach zusammen 28–33 Milliarden US-Dollar für die Bewältigung nur der extremen Unwetterkatastrophen.

Quelle: Oxfam<sup>8</sup>

8 Vgl. Footing the bill: fair finance for loss and damage in an era of escalating climate impacts verfügbar unter <https://www.oxfam.org/en/research/footing-bill-fair-finance-loss-and-damage-era-escalating-climate-impacts>.

Weil die unvermeidlichen Klimafolgeschäden immer deutlicher hervortreten, ist das Thema auf den alljährlichen UN-Weltklimakonferenzen immer präsenter geworden. Neu ist es allerdings keineswegs. Vor inzwischen über 30 Jahren schlugen die kleinen Inselstaaten vor, über einen globalen Ausgleichsfonds die wegen des Meeresspiegelanstiegs zu erwartende finanzielle Belastung für die kleinen Inselstaaten und andere gefährdete Länder auf die Industrieländer als Hauptverursacher der Klimakrise zu verteilen. Wie zu erwarten, lehnten diese den Vorschlag komplett ab und ließen auch später keine Gelegenheit aus, das Thema möglichst von den Verhandlungssagenden der alljährlichen UN-Weltklimakonferenzen fernzuhalten.

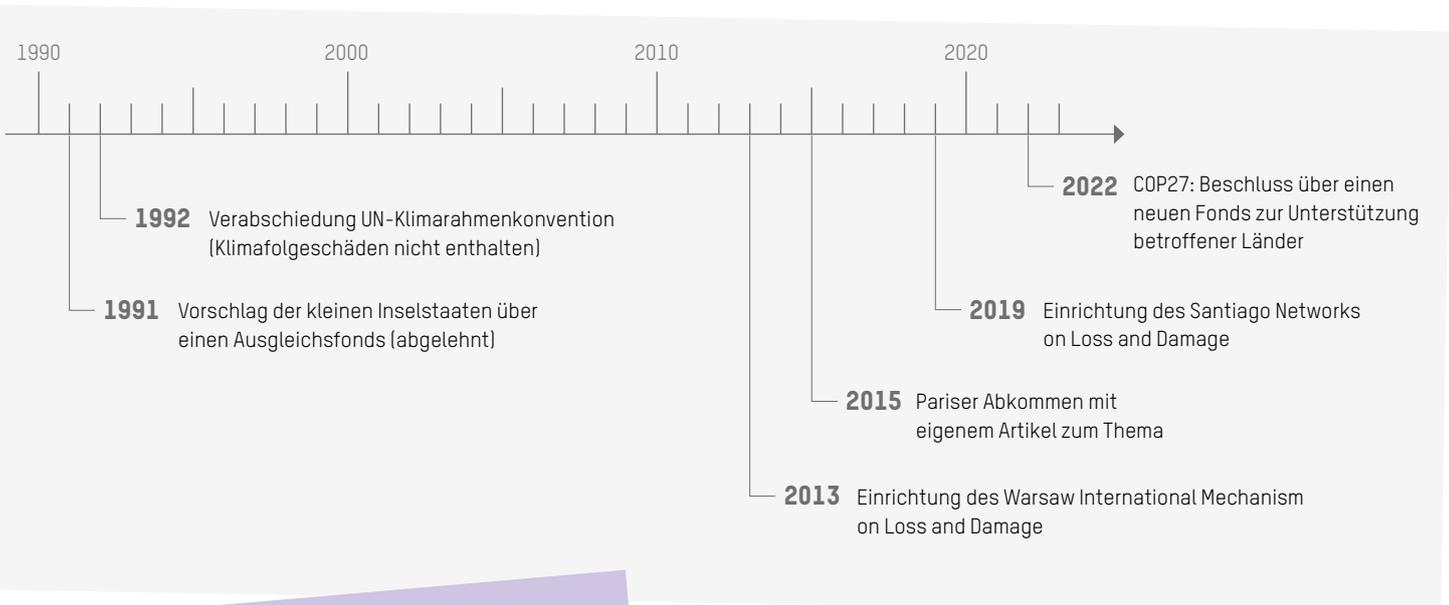
## KLIMAFOLGESCHÄDEN IN DER INTERNATIONALEN KLIMAPOLITIK

Ein Wendepunkt war die UN-Weltklimakonferenz COP19 im Jahr 2013. Kurz zuvor hatte der verheerende Killer-Taifun Haiyan die Philippinen mit gewaltigen Verwüstungen heimgesucht, und die Bilder der Katastrophe wirkten stark in die Konferenz hinein. Da konnten auch die borniertesten Vertreter\*innen der wirtschaftlich privilegierten Industriestaaten sich der Tatsache nicht länger verweigern, dass die internationale Klimapolitik brauchbare Antworten für den Umgang mit den unvermeidlichen Klimafolgeschäden liefern muss. Auch wenn später das Pariser Abkommen von 2015 einen eigenen Artikel dazu bekommen sollte, versuchten die Industrieländer trotzdem weiter, das Thema möglichst in Arbeitsgruppen oder Dialogprozesse zu verlagern und dem Thema möglichst wenig politische Aufmerksamkeit zu geben. Der Grund dafür: die Angst vor künftigen Kompensationsforderungen für angerichtete Schäden durch das Verursachen der Klimakrise.

Wegen des anhaltenden Drucks der betroffenen Länder und vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen (darunter auch Oxfam) kam es 2022 auf der UN-Weltklimakonferenz COP27 im ägyptischen Scharm El-Scheich schließlich doch zu einem Durchbruch: Die Bewältigung von Verlusten und Schäden soll nun durch passende Arrangements auf solidere Füße gestellt werden. Ein Herzstück davon wird ein neuer multilateraler Fonds sein, über den besonders betroffene Länder für erlittene Klimafolgeschäden unterstützt werden können. Bis der Fonds eingerichtet ist und seine Arbeit aufnehmen kann, dürfte aber noch einige Zeit vergehen. Der Beschluss der COP27 eröffnet aber die Möglichkeit, die Bewältigung unvermeidlicher Klimafolgeschäden als dritte Säule der Unterstützung für die einkommensschwachen Länder aufzubauen – neben der bereits vorhandenen (wenn auch unzureichenden) Unterstützung beim Klimaschutz und bei der Anpassung an die klimatischen Veränderungen.

Der Warsaw International Mechanism (WIM) ist letztlich eine Art Arbeitsgruppe, die Wissen und Erfahrungen zu dem Thema zusammentragen soll, aber keine konkrete Unterstützung leistet. Das Santiago Network (SNLD) soll Länder beim Umgang mit Klimafolgeschäden beraten und technische Unterstützung leisten. Der neue Fonds markiert einen Wendepunkt bei der Bewältigung von Klimafolgeschäden – wenn er nun gerecht aufgestellt und ausreichend ausgestattet wird.

Abb. 4: 30 Jahre Verluste und Schäden in der Internationalen Klimapolitik

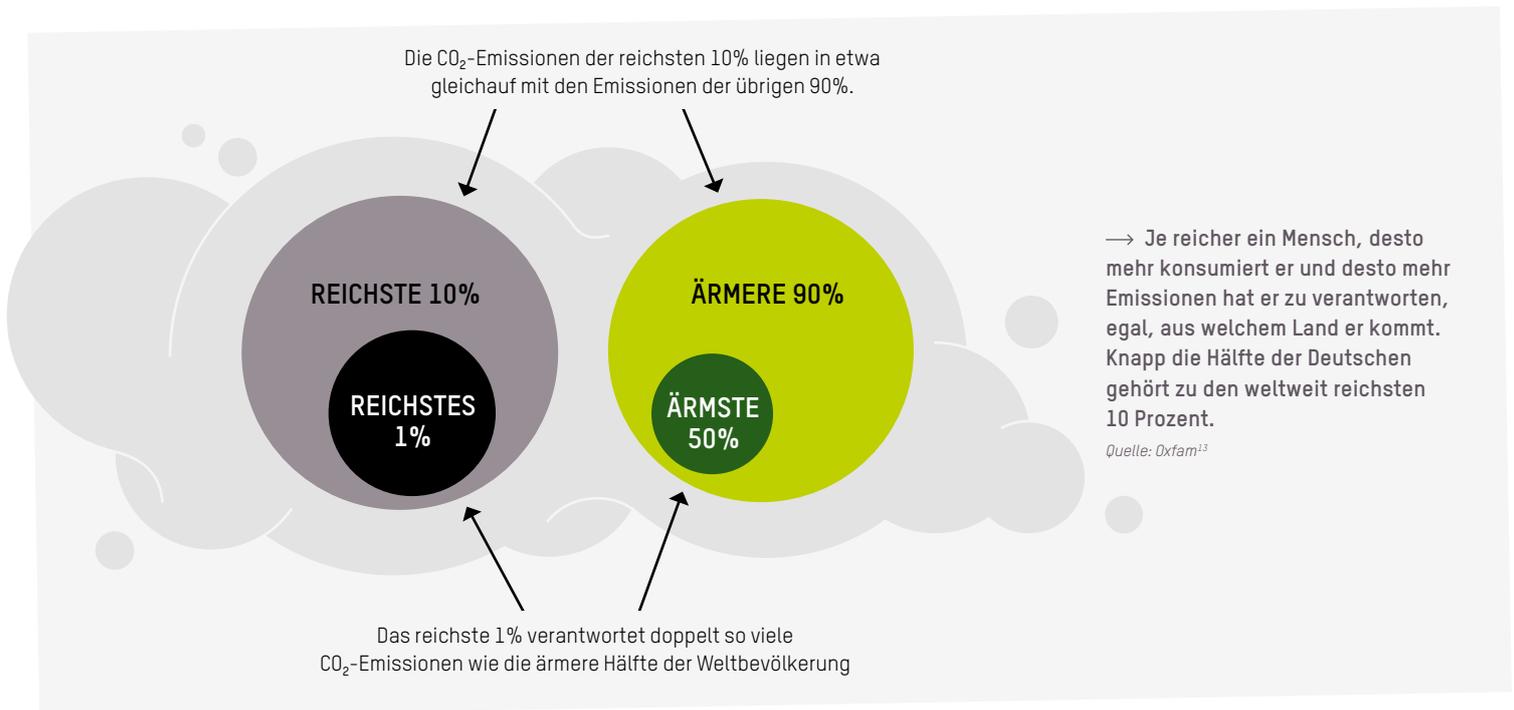


## EIN KLIMAGERECHTER UMGANG MIT VERLUSTEN UND SCHÄDEN

Für einen klimagerechten Umgang mit den Klimafolgeschäden muss insbesondere das Verursacherprinzip eine zentrale Leitplanke sein. Wer damit in der Pflicht steht, lässt sich leicht ableiten:

- Die Industrieländer sind die Hauptverursacher der Klimakrise. Nach einer Analyse sind sie für über 90 Prozent der Treibhausgase verantwortlich, die jenseits eines fair verteilten und mit der 1,5°C-Grenze des Pariser Abkommens noch verträglichen globalen Emissionsbudgets seit der Industrialisierung in die Atmosphäre eingebracht wurden.<sup>9</sup> Auch trotz inzwischen hoher Emissionen in einigen Schwellenländern bleiben die Pro-Kopf-Emissionen auffallend ungleich verteilt: Der durchschnittliche Klima-Fußabdruck in den USA ist fast zehnmal so groß wie der einer indischen Person.<sup>10</sup>
- Zwar sind wir alle für Treibhausgase verantwortlich, aber in unterschiedlichem Ausmaß. Je reicher ein Mensch ist, desto mehr Emissionen hat er durch häufigere Flugreisen, größere Wohnungen und insgesamt höherem Konsum zu verantworten, im Extremfall mit eigenen Privatjets, Megajachten und Luxusvillen. So hat das reichste Prozent der Weltbevölkerung im Zeitraum 1990–2015 mehr als doppelt so viel Emissionen verursacht wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Auch 2030 werden nach derzeitigem Trend, trotz Pariser Abkommen, die Pro-Kopf-Emissionen im reichsten Prozent 30-mal größer sein, als es mit dem 1,5°C-Ziel vereinbar wäre.<sup>11</sup>
- 71 Prozent der weltweiten Emissionen seit 1988 lassen sich auf gerade einmal 100 Unternehmen der fossilen Energieindustrie zurückführen, die trotz der gegenwärtigen Krisen immer wieder Rekordgewinne einfahren.<sup>12</sup>

Abb. 5: Verteilung der Emissionen nach Einkommensklassen



Für die ausreichende finanzielle Ausstattung des Fonds sind damit im Wesentlichen die Industriestaaten verantwortlich. Das Geld dafür ist durchaus vorhanden und könnte über klimagerechte Instrumente mobilisiert werden. Sinnvolle Maßnahmen dafür wären Abgaben auf die Förderung von Kohle, Öl und Gas, eine Übergewinnsteuer für (fossile) Konzerne, Vermögenssteuern für Reiche und Superreiche und andere das Verursacherprinzip umsetzende Instrumente (vgl. Kasten).

9 Vgl. Quantifying national responsibility for climate breakdown: an equality-based attribution approach for carbon dioxide emissions in excess of the planetary boundary. Verfügbar unter <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2542519620301960>.

10 Vgl. World Inequality Lab (2023): Climate Inequality Report 2023, verfügbar unter <https://wid.world/news-article/climate-inequality-report-2023-fair-taxes-for-a-sustainable-future-in-the-global-south/>.

11 Vgl. Oxfam (2021): Carbon Inequality in 2030. Verfügbar unter <https://www.oxfam.org/en/research/carbon-inequality-2030>.

12 Vgl. The Carbon Majors Database (2017): CDP Carbon Majors Report 2017: <https://www.cdp.net/en/articles/media/new-report-shows-just-100-companies-are-source-of-over-70-of-emissions>.

13 Vgl. Oxfam (2020): Confronting Carbon Inequality. Verfügbar unter <https://www.oxfam.org/en/research/confronting-carbon-inequality>.

## KLIMAGERECHTE BEITRÄGE DER REICHEN UND VERANTWORTLICHEN?

Die notwendigen Mittel für die Bewältigung unvermeidlicher Klimafolgeschäden sind durchaus vorhanden. Um insbesondere Akteure mit hoher Verantwortung für die Klimakrise und hoher wirtschaftlicher bzw. finanzieller Leistungsfähigkeit in die Pflicht zu nehmen, eignen sich beispielsweise diese Instrumente:

**Abgaben auf die Förderung fossiler Ressourcen:** Würde man jede geförderte Tonne Kohle, Erdöl und Erdgas mit einer kleinen Abgabe (bemessen an den dadurch verursachten Treibhausgasemissionen) belegen, kämen schnell erhebliche Summen zusammen. Bei fünf US-Dollar pro Tonne Kohlendioxidäquivalent ließen sich so rund 210 Milliarden US-Dollar jährlich erzielen.<sup>14</sup>

**Übergewinnsteuer für (fossile) Konzerne:** UN-Generalsekretär António Guterres hat bereits prinzipiell eine Übergewinnsteuer für fossile Konzerne vorgeschlagen. Eine Steuer von 90 Prozent auf die Übergewinne von 1000 der weltweit größten Unternehmen (nicht nur aus dem Energiesektor) würde mehr als 1 Billion US-Dollar einbringen.<sup>15</sup> Allein in Deutschland ließen sich mit einer ambitionierten Übergewinnsteuer jährliche Einnahmen in Höhe von bis zu 100 Milliarden Euro generieren.<sup>16</sup>

**Vermögenssteuer:** Oxfam hat berechnet, dass eine weltweite progressive Vermögenssteuer<sup>17</sup> jährlich 1,7 Billionen US-Dollar einbringen könnte.<sup>18</sup> Für Deutschland hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) geschätzt, dass eine Steuer mit einem progressiven Satz von einem Prozent auf Vermögen oberhalb einer Million Euro und einem Satz von zwei Prozent ab einem Vermögen von einer Milliarde Euro ca. 28 Milliarden Euro pro Jahr erzielen könnte.<sup>19</sup>

Es gibt zahlreiche weitere Vorschläge – darunter Schuldenerlasse, eine Vielfliegerabgabe, Abgaben auf den (fossil betriebenen) internationalen Schiffsverkehr oder den Abbau von Subventionen für fossile Energien. Selbst wenn man jeweils nur einen Teil der Einkünfte für die Bewältigung von Klimafolgeschäden in den einkommensschwachen Ländern ausgeben würde (und einen anderen Teil z. B. für den Klimaschutz), stünden schnell jedes Jahr zig Milliarden US-Dollar zur Verfügung.

Ob über den neuen Fonds oder andere Kanäle: Die so generierten Gelder gilt es zielgerichtet für die besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen in den einkommensschwachen Ländern des Globalen Südens einzusetzen. Geförderte Programme müssen partizipativ und inklusiv entwickelt und umgesetzt werden, um auch wirklich den Bedürfnissen der betroffenen Menschen gerecht zu werden. Dabei gilt es, die Rechte der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Die besondere Betroffenheit von Frauen muss dabei ein zentraler Aspekt sein, da diese in vielen Ländern anders (und oft stärker) als bei Männern ist.

Auch wenn die Einrichtung des neuen Fonds ein Meilenstein ist, braucht es insgesamt umfassendere Antworten auf allen Ebenen. Das gilt für die Entwicklungszusammenarbeit, die die Bewältigung von Klimafolgeschäden stärker in den Fokus nehmen sollte, aber auch für die bestehenden Unzulänglichkeiten bei der Humanitären Hilfe. Auch die Rolle der Weltbank, der übrigen multilateralen Entwicklungsbanken und der internationalen Finanzarchitektur insgesamt muss hier neu definiert werden, wenn es etwa um die Bereitstellung von Unterstützung oder das Aussetzen des Schuldendienstes nach Katastrophen geht. Schließlich bleibt die Frage nach den nicht-ökonomischen Verlusten und Schäden, die sich mit Geld nicht ausgleichen lassen – zum Beispiel der Verlust von Staatsterritorium und Staatlichkeit oder erzwungene Migration, wenn das Land keine Lebensgrundlagen mehr sichern kann.

Bei all dem dürfen wir nicht vergessen: Damit es von vorneherein zu möglichst wenig Verlusten und Schäden kommt, muss der Klimawandel so weit wie möglich begrenzt werden. Im Pariser Abkommen haben sich alle Länder dafür das Ziel gesetzt, die globale Erwärmung unter der kritischen Schwelle von maximal 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau zu halten. Dazu müssen bis 2030 die weltweiten Emissionen gegenüber heute etwa halbiert werden. Jedes Land muss fair dazu beitragen, bemessen an seiner Verantwortung für das Verursachen der Klimakrise und der jeweiligen wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit.

Parallel dazu brauchen die einkommensschwachen Länder deutlich mehr finanzielle Unterstützung beim Klimaschutz und bei der Anpassung an die klimatischen Veränderungen als bisher, damit es im Idealfall erst gar nicht zu Verlusten und Schäden kommt. Das erfordert insbesondere mehr direkte Zuschüsse durch die reichen Länder, also Gelder, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Denn derzeit erhalten die betroffenen Länder die Unterstützung großenteils in Form von Krediten, die ihre Schuldenberge weiter erhöhen können.

14 Vgl. The Climate Damages Tax. A guide to what it is and how it works, <https://www.stampoutpoverty.org/the-climate-damages-tax-a-guide-to-what-it-is-and-how-it-works/>

15 Vgl. Oxfam (2022): Oxfam Media Brief – the case for windfall taxes

16 Vgl. Netzwerk Steuergerechtigkeit (2022): Kriegsgewinne besteuern. Ein Beitrag zur Debatte um Übergewinnsteuern

17 Mit z. B. zwei Prozent auf Vermögen ab fünf Millionen US-Dollar, drei Prozent auf Vermögen von über 50 Millionen US-Dollar und fünf Prozent auf Milliardenvermögen.

18 Vgl. Oxfam (2023): Survival of the richest

19 Vgl. DGB (2021): Steuerpolitisches Gesamtkonzept

## ZUSAMMENGEFASST: OXFAMS FORDERUNGEN

Für einen klimagerechten Umgang mit den inzwischen unvermeidlichen Verlusten und Schäden durch die Auswirkungen des Klimawandels braucht es ehrgeiziges Engagement auf mehreren Ebenen.



Der Klimawandel muss so stark wie nur möglich begrenzt werden, um die globale Erwärmung auf maximal 1,5°C zu begrenzen. Um dazu fair beizutragen, müssen Deutschland und die übrigen Industrieländer deutlich vor 2040 klimaneutral werden, damit so der Globale Süden mehr Spielraum bekommt. Weltweit müssen wir uns zügig von den fossilen Energien verabschieden und vollständig auf erneuerbare Energien umschichten.



Die Industrieländer müssen die einkommensschwachen Länder wesentlich stärker und besser beim Klimaschutz und bei der Anpassung an die klimatischen Veränderungen finanziell unterstützen. Deutschland muss dazu angemessen beitragen und sollte deswegen bis 2025 die jährlichen Mittel aus dem Bundeshaushalt auf mindestens acht Milliarden Euro im Vergleich zu 5,3 Milliarden Euro 2021 steigern.



Als dritte Säule muss nun die finanzielle Unterstützung bei der Bewältigung von unvermeidlichen Verlusten und Schäden aufgebaut werden. Dazu gehört insbesondere der auf der letzten UN-Weltklimakonferenz COP27 beschlossene neue Entschädigungsfonds, der nun klimagerecht aufgestellt und ausgestattet werden muss. In diesen Fonds müssen vor allem die wirtschaftlich privilegierten Industrieländer einzahlen – und die dafür nötigen Gelder durch Instrumente mobilisieren, die die Verursacher zur Kasse bitten. Das kann durch Abgaben auf die Förderung fossiler Energien, Übergewinnsteuern für (fossile) Konzerne oder Vermögenssteuern für Reiche und Superreiche gelingen.

Bitte Klimakiller zur Kasse  
und unterzeichne die Petition unter  
[www.oxfam.de/klimakiller!](http://www.oxfam.de/klimakiller!)

## Impressum

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 21 Oxfam-Organisationen gemeinsam mit rund 3.000 Partner\*innen in rund 90 Ländern.

Herausgeber: Oxfam Deutschland e. V.,  
31. Mai 2023

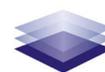
V.i.S.d.P.: Serap Altinisik, Oxfam Deutschland e. V.,  
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin,  
Tel.: +49 30 4530690, E-Mail: [info@oxfam.de](mailto:info@oxfam.de)

Autor: Jan Kowalzig  
Redaktion: Larissa Hellmund, Hedwig Gradmann,  
Tobias Hauschild  
Gestaltung: Ole Kaleschke | [olekaleschke.de](mailto:olekaleschke.de)

[www.oxfam.de](http://www.oxfam.de)

## UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT DURCH IHRE SPENDE

Oxfam Deutschland e.V.  
Spendenkonto:  
IBAN: DE87 3702 0500 0008 0905 00  
BIC: BFSWDE33XXX  
Bank für Sozialwirtschaft  
Konto: 80 90 500 BLZ: 370 205 00  
Stichwort: KAMPAGNEN  
[www.oxfam.de/spenden](http://www.oxfam.de/spenden)



Initiative  
Transparente  
Zivilgesellschaft



Deutscher  
Spendenrat e.V.



Diese Publikation wird mit der finanziellen Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt ist allein Oxfam Deutschland e.V. verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.



**OXFAM**  
Deutschland